



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/278 - 3. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891-88

Fernschreiber 0866690

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Sozialistische Internationale in der Krise der Weltpolitik	S. 1
Erich Ollenkauer in Burma	S. 3
Wochenendbegegnung in Bergneustadt	S. 6
Fragen im Hörsaal	S. 8

Das Ergebnis von Kopenhagen

Von Fritz Heine

Bedeutende Entschlüsse über ein weites Gebiet internationaler Probleme und sehr klare Festlegungen in unstrittenen und heiklen Fragen kennzeichnen die Beratung des Büros und Generalrats der Sozialistischen Internationale, die Ende der vergangenen Woche in Kopenhagen zusammengetreten waren.

Fünf Haupt-Themen beherrschten die Tagungen: die Suezkanal-Krise, die Niederschlagung der ungarischen Revolution, die Hilfe für die wirtschaftlich schwachen Völker, die Abrüstungsdiskussion und die Asiatische Sozialistische Konferenz.

Die Generalratsdiskussion zur "Internationalen Lage" drehte sich fast ausschliesslich um die Lage in Mittleren Osten. Vertreter fast aller sozialistischen Parteien beteiligten sich an der Aussprache; die Vielfältigkeit der Probleme und die Weite der Argumente brachten gleichermaßen dramatische Spannung wie unbestechliche Logik ins Spiel.

Die französischen Sozialisten hatten einen schweren Stand in dieser Frage. Ihre Argumente, vom gegenwärtigen Generalsekretär Pierre Commin vorgetragen, konnten dem Generalrat nicht davon überzeugen, dass die französisch-britische Invasion in Ägypten zu rechtfertigen sei. Im Gegenteil: ohne Gegenstimme und bei nur einigen Stimmenthaltungen machte sich der Generalrat einen Antrag der britischen Arbeiterpartei zu eigen, der die Gewaltanwendung durch Frankreich und England scharf ablehnt und sich voll für die Beschlüsse der Vereinten Nationen ein-

setzt. Labour-Führer Hugh Gaitskell fasste in einem glänzenden Diskussionsbeitrag die Argumente der Sozialisten gegen die Intervention zusammen. Die Vertreter der französischen Partei verzichteten auf die Teilnahme an der Abstimmung und verliessen für diese Zeit den Beratungssaal. Andererseits anerkannte der Generalrat die Tatsache, dass die Vereinten Nationen in der Vergangenheit nicht fähig waren, die Spannung zwischen Israel und Ägypten zu lösen und stellte ein Sechs-Punkte-Programm zur positiven Lösung der Krise auf, das einmütig gebilligt wurde.

Ein zweiter Höhepunkt der Tagung waren die Teilnahme Anna Kethly's, die als einziges Mitglied der letzten freien Regierung Ungarns ins Ausland entkommen konnte, und die Aussprache über Probleme Osteuropas, die sich sehr stark auf den sowjetischen Angriff gegen die Freiheit Ungarns konzentrierte. Der freimütige Protest gegen den sowjetischen Krieg, eine ebenso einhellige Stellungnahme für die Zurückziehung der Truppen aus Ungarn und aus allen von ihnen besetzten Ländern Osteuropas, sowie die Forderung, einer Delegation der Sozialistischen Internationale die Reise nach Ungarn zu ermöglichen, bildeten den Abschluss der Beratungen zu diesem Punkt.

Jules Moch, der bedeutendste Abrüstungsspezialist des Westens, referierte über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage im Rahmen der Vereinten Nationen und die Bemühungen der sozialistischen Parteien, die Verminderung des Rüstungswettlaufs zu betreiben.

In einer gemeinsamen Entschliessung wird verlangt, sich in der gegenwärtigen Lage vor allem auf die Abrüstungsmassnahmen zu konzentrieren, die zur Zeit möglich sind, dass jedoch vollständige nukleare Abrüstung das endgültige Ziel bleibt.

Als eines der fundamentalsten weltpolitischen Probleme sieht der Generalrat die Hilfe für die unterentwickelten Gebiete an, für die die Sozialistische Internationale seit Jahren sorgfältige und weitreichende Planungen angestellt hat. Ihr bisheriges Ergebnis wurde in einem grundlegenden Referat von N. Vohs (Holland) zusammengefasst. Der Generalrat erklärte, dass die Organisation "Sunfed", die sich mit diesen wichtigen Fragen beschäftigt, durch einen Beitrag der Mitgliedstaaten gesichert werden sollte, über den Einzelheiten in einer Resolution niedergelegt sind.

Die von Erich Ollenhauer geführte Delegation der Sozialistischen Internationale zur Bombay-Konferenz der Asiatischen Sozialisten hatte einen ausführlichen schriftlichen Bericht übermittelt, da die Delegationsmitglieder noch in Asien weilten. Die erfolgreichen Anstrengungen dieser Delegation, gerade in der kritischen Fagen der Weltkrise weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden grossen sozialistischen Internationalen zu erzielen, fanden lebhaften Beifall des Generalrates.

Die Kopenhagener Tagung, mit ihrer entschiedenen Bejahung des internationalen Rechtsstandpunktes, mit ihrer weltweiten Problemstellung und mit ihrer weitreichenden Übereinstimmung in wesentlichen Fragen erscheint uns als eine der bedeutsamsten Tagungen, die die Sozialistische Internationale in der jüngsten Zeit durchgeführt hat.

Politik unter goldenen Pagoden

Sonderbericht von Heinrich Braune

Rangun, den 26. 11. 1956

In Rangun, der Hauptstadt Burmas, löst augenblicklich eine ausländische Delegation die andere ab. Wenn auch jedes ihrer Mitglieder - die Schuhe respektvoll vor der endlosen Steintreppe lassend - seine Referenz vor dem neunten Weltwunder, der golden die Millionenstadt überragenden Schwedagon-Pagode macht, so ist es doch wohl weniger kunsthistorisches Interesse, was die internationalen Delegationen zu dem grössten Reishafen Asiens führt.

Rangun ist nämlich heute neben dem indischen Delhi die Drehscheibe der asiatischen Politik. "Wer Burma hat, hat auch Asien", heisst es hier am Golf von Bengalen, denn Burma ernährt Asien mit dem Überschuss seiner Reisproduktion. Asien muss hungern, wenn die endlosen Reisfelder des Irawadideltas vertrocknen. Reis ist die wertvollste Valuta zwischen Persien und China. Und die Chinesen zahlen beispielsweise ihre Gummikäufe in Ceylon mit burmanischem Reis.

Um Burma bemüht sich heute Moskau ebenso wie Washington und Tokio. Und die Engländer liessen sich vor einigen Tagen seelenruhig die Fensterscheiben ihrer Botschaft einwerfen. Sie wissen schon, warum sie trotzdem bleiben. Was in Asien Einfluss behalten oder Einfluss gewinnen will, klopft in Burma an. Und dieses Burma hat seit April eine sozialistische Regierung, die Erich Ollenhauer jetzt als Staatsgast fünf Tage lang eingeladen hatte.

Er war in diesen Tagen Hausherr des staatlichen Gästehauses zwischen den blauen Seen vor Rangun. Und wenn nicht die Regierungswagen mit ihrer Eskorte "weisser Mäuse" ihn zum Ministerpräsidenten oder Aussenminister brachten, drängten sich vor seiner Tür die Besucher, die mit ihm deutsch-asiatische und sozialistische Fragen besprechen wollten. Diese Tage waren ausgefüllt mit weltweiten Gesprächen. Auf dem Gesandtschaftsempfang im Garten der deutschen Mission war der sowjetrussische Botschafter ebenso wie sein amerikanischer und englischer Kollege vertreten. Die Gelegenheit, hier an diesem Beobachtungsturm Asiens den Standpunkt

der deutscher Opposition kennenzulernen, wurde überall gesucht. Vor allem von den Burmaren.

"Wir fangen am Nullpunkt an"

"Wir fangen am Nullpunkt an", sagte ihr stellvertretender Ministerpräsident U Kyaw Nyein (sprich J Kschu Neen), "aber wir wollen mit den Mitteln des demokratischen Sozialismus unsere Industrie entwickeln und den Lebensstandard unserer 18 Millionen heben, aber auf keinen Fall eine neue Abhängigkeit dafür einhandeln." Das ist die entscheidende politische Bedingung für die neue burmanische Regierung, die sich besonders dem Kommunismus gegenüber nicht die Hände binden lassen will.

Erich Ollenhauer konnte sich an Ort und Stelle davon überzeugen, als er von der Küste in den Norden des Landes zog, wo das Infiltrationsgebiet der Chinesen beginnt. Der Osten glaubt hier eine besondere Chance zu haben. Im einzigen europäischen Hotel in Rangun wohnte nicht nur eine Pankower Handelsdelegation, sondern auch Tschechen und Polen versuchen, um jeden Preis Geschäfte zu machen. In den Zeitungen konkurrieren die Inserate westdeutscher Firmen mit denen der sowjetzonalen Aussenhandelsorganisationen. Tschechische Skodas sieht man neben Volkswagen und russischen "Gaz" neben amerikanischen Jeeps. Aber noch führt der Westen.

Mit berechtigtem Stolz zeigte man Erich Ollenhauer den fast fertigen Riesenbau des ersten Stahl- und Eisenwerks, das die Duisburger Demag vor der Stadt mit deutschen Monteuren baut. Ein Werk, das sich sehen lassen kann und 1958 die Siemens-Martin-Öfen in Betrieb nimmt, um die hunderttausend Tonnen von Kriegsschrott zu verarbeiten, die der Burmafeldzug hinterliess. Aber auch hochwertige burmanische Eisenerze warten für die Zukunft auf den Abbau. Auf dem Produktionsprogramm stehen Walzbleche bis herunter zu 6 mm. Die Drahtfertigung soll das Land zum ersten Male unabhängig machen von der Einfuhr von Schrauben, Muttern und allen Drahtsorten. Das Walzeisenprogramm wird Basis des Bauwesens werden, und die in den Tropen unentbehrlichen Wellbleche rollen demnächst ebenfalls aus dem Fabrikator ins Land. Das wurde in dieser Breite erzählt, um zu zeigen, wie hier am Rande des Dschungels, in dem noch Tiger und wilde Elefanten hausen, Schlüsselindustrien aufgebaut werden. Ollenhauer sah ebenso eine von Stahl-Eggers, Hamburg, über dem roten,

stetigen Schwemmsand des Deltas errichtete Riesenhalle einer Jute-Fabrik.

Engpass Facharbeiter

Aber schwierig dürften in Zukunft ausser den Finanzierungsproblemen für diese Mammutprojekte, für die Partnerschaften mit deutschen Firmen gesucht werden, der Facharbeiterengpass in diesen Land der Reisbauern und Fischer werden.

Gerade in diesen Tagen wurde der imponierende Bau der Technischen Hochschule eingeweiht, der den lebenswichtigen Ingenieurwachstums sichern soll. Ihre kühne, hochmoderne Fassade liegt auf dem Weg zu dem neuen landwirtschaftlichen Forschungsinstitut und der sehnsüchtigen Flughafenhalle, die ebenfalls im Rohbau fertig ist.

Erich Ollenbauer sah also hier den energischen Start eines jungen Landes in seine Zukunft, das den Rat und die Erfahrung der europäischen Sozialisten sucht. Die Burmesen sind darum auch in der Asiatischen Sozialistischen Konferenz (deren ständiges Büro hier in Rangun ist), die den engeren organisatorischen Anschluss an die Internationale der europäischen sozialistischen Parteien am stärksten befürworten.

In sehr offenen Gesprächen unter vier Augen mit dem Ministerpräsidenten U. F. Swe, der einer der interessantesten Männer der asiatischen Politik ist, konnte Erich Ollenbauer diese, sowie dringende politische Fragen der aktuellen internationalen Politik in mehreren, je über eine Stunde währenden Beratungen erörtern. Auf der abschliessenden Pressekonferenz seines Besuches in Burma wurde von den Rangunern und internationalen Journalisten von diesen Fragen aber wieder auf das wichtigste deutsche Problem verwiesen. Hier will man wissen, wie sich die deutsche Sozialdemokratie den Weg zur Wiedervereinigung vorstellt. Dabei gab Erich Ollenbauer seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, dass er in allen bisher von ihm besuchten asiatischen Ländern ein wachsendes Verständnis für die schnelle Lösung der Wiedervereinigung gefunden habe und eine Menge guten Willens, den Deutschen bei dieser für die ganze Welt bedeutsamen Frage zur Seite zu stehen.

"Christliches Abendland" - Ideologie oder Wirklichkeit?

U.H. Auf die Frage "oran denken Sie zuerst, wenn Sie das Wort von 'Christlichen Abendland' hören?" antwortete eine Norddeutsche: "An Paris. Das ist doch der Inbegriff westlicher (!) Kultur."

Professor Lenz-Medoc von der Sorbonne in Paris dagegen wies in seinem Schlusswort beim Wochenendgespräch vom 1. und 2. Dezember 1956 in der Heilvolkehochschule Bergneustadt zum Thema "Christliches Abendland - Ideologie oder Wirklichkeit?" darauf hin, dass jeder Engländer, Franzose oder Belgier, der an diesem Gespräch hätte teilnehmen können, dazu gesagt haben würde: "Es war sehr interessant, aber ich habe nichts verstanden." Der Begriff "Christliches Abendland" sei nämlich eine spezifisch deutsche Prägung.

Diese beiden Bemerkungen lassen, nebeneinandergestellt, die Vielschichtigkeit, um nicht zu sagen Doppelsbödigkeit des jetzt so oft gebrauchten Wortes erkennen. Ob gewisse Kreise der bundesdeutschen Politik dieses Wort eben um seines unbestimmbaren Sinngehaltes willen so gern als Schlagwort in die kulturpolitische Diskussion werfen, soll hier nicht untersucht werden. Die Resonanz dieses Schlagwortes freilich war nie besonders stark (im Gegensatz zu der des Wortes "Europa"), und sie ist nun fast völlig in Schwinden begriffen, wenn die in Bergneustadt zutage getretenen Ergebnisse der Diskussion als symptomatisch gelten dürfen.

Dr. Helmut Isach von der Münchener Katholischen Akademie Bayern war bestrebt, das "Christliche Abendland" gegen jede "Abendlanderei" abzugrenzen: er betonte, dass für die Zukunft nicht das Abendland, wie es einmal war, wichtig sei, sondern die Prinzipien, die es geschaffen hätten. Diese Prinzipien sind, so meint er, allen anderen staats- und kulturbildenden überlegen. Es sei keine Restauration des Mittelalters beabsichtigt, "Christliches Abendland" sei vielmehr ein Verständigungsbild. Es wurde Dr. Isach allerdings die kritische Frage gestellt, ob dieses Schlagwort heute nicht in wesentlichen in missionarisch-militanten, ja aggressiven Sinne gebraucht werde. In diesem Zusammenhang äusserte er sich zum heutigen Spanien in aner kennenswerten Freimut dahin, dass dieses Land nicht in vollem Sinne zum Abendland gezählt werden könne, da dort einige wesentliche abendländische Merkmale nur rudimentär vorhanden seien.

Wie sehr die abendländischen Lebensformen in ihren mannigfachen

Spielarten vom Geisteserbe des Christentums getragen werden, zeigte Professor Dr. Fritz Fischer von der Universität Hamburg in seinen Ausführungen zur politisch-sozialen und religiös-kirchlichen Wirklichkeit und ihrem Verhältnis zueinander. Auch scheinbar säkulare Erscheinungsformen europäischen Lebens wiesen immer in mindestens einer, meist aber mehreren Wurzeln auf das Christentum hin. So sei der Marxismus letzten Endes eine christliche Häresie, sowohl in seinen Gleichheitsgedanken als auch in seinem Anspruch auf Herrschaft über die Geister und die Seelen. "Christliches Abendland" aber gebe es, wenn überhaupt, nur noch als kulturhistorische Reminiszenz; in der Politik jedenfalls könne dieser Begriff nur Verwirrung stiften, weil zu viel abgestorbene Gefühlswerte des Mittelalters in ihm steckten und er weder mit dem heutigen Europa noch mit der gegenwärtigen politischen Realität des "Westens" oder gar der UNO in Einklang zu bringen sei. Eine Bewahrung des "Christlichen Abendlandes" sei nur im sozialen Bereich und in der Erhaltung des Friedens denkbar und möglich.

Das Abendland beruhe auf einer vierfach geschichteten Basis, legte Prof. Lenz-Medoc dar. Zu der kritisch-denkerischen Kultur Griechenlands, dem von jüdisch-christlicher Kulturkreise entwickelten Persönlichkeitsbewusstsein und dem römischen Rechtsstreitsgedanken käme die Technik hinzu, und damit habe die europäische Kultur ihr vorläufiges Ende erreicht. Nur das Abendland in diesem seinen eigentümlichen Aufbau habe die Technik entwickeln und die pluralistische Gesellschaft entstehen lassen können. Dieses Abendland reiche bis nach San Francisco, und es sei nicht ausgeschlossen, dass es sich im Verlauf der nächsten zweihundert Jahre bis nach Wladiwoetok ausbreiten werde, - wenn Russland dem Totalitarismus abzeuge. "Das Abendland hört es auf, wo der totalitäre Staat beginnt."

Auf die Gefährlichkeit des Wortes "Christliches Abendland" als Parole für eine Neugestaltung wies Willi Eichler hin. Die Kirche habe selbst dazu beigetragen, diesen Begriff mit zu unterminieren: Gegen den Aufschwung ^{der} Wissenschaft habe sie protestiert (Galilei!), dagegen sei ihr rechtzeitiger Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung der "Mühseliger und Beladenen" ausgeblieben.

Fast alle Diskussionsbeiträge erwiesen, dass das Schlagwort "Christliches Abendland" vielfach als Konfusion und "Christliche Kultur" als

ein vieldeutiger, schillernder Begriff empfunden wird, wie es Professor Lenz-Medoc formulierte. Als durchaus stabil und verbindlich geblichen empfindet man dagegen die ethischen Werte des abendländischen Kulturkreises und nicht minder die des Christentum; als so stabil, dass sie nicht einmal von einer christlich klapierten "Abendländerei" ihres Sinnes entleert werden können.

+ - +

Streiflicht auf die deutsche Situation

D. Str. Professor P., Anglist an der Universität Köln, hat die Gewohnheit, seine ihm zuhörenden Studentinnen und Studenten mit plötzlichen Fragen zu überfallen. Dass solche Fragen nicht nur das gerade behandelte Thema betreffen, sondern ab und zu allgemeinbildender Natur sind, ist zu begrüssen. Besonders dann, wenn Professor P. aktuelle politische Stichproben macht.

So fragte er vor einiger Zeit seine Studentinnen und Studenten, wer als Lernbeflissener der englischen Sprache schon in England gewesen sei. Es meldete sich eine nicht unerhebliche Anzahl. Dann stellte der Hochschullehrer eine Frage, die für ihn ehrenvoll, für die studierende Jugend allerdings peinlich ist. Er wollte nämlich wissen, wie viele seiner Zuhörer schon einmal in Berlin waren. Das Ergebnis war spärlich und deshalb beschämend: die Englandfahrer waren in Verhältnis zu den Berlinfahrern in einer erheblichen Überzahl.

Eine wissenschaftliche Tagung in Weimar nahm Professor P. zum Anlass, seine Hörerinnen und Hörer darauf hinzuweisen, auch einmal in die Ostzone zu fahren, damit die deutsche Jugend den Kontakt nicht verliere.

Es ist zwar müssig zu fragen, wie das Ergebnis gelaute hätte, wenn Prof. P. um Auskunft gebeten hätte, wer in der nächsten Zeit nach England oder in die Ostzone zu fahren gedanke. Wir mochten mit zu Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit annehmen, dass die britische Insel wieder mit Längen in Führung gelegen hätte. Diese Fragen im Hörsaal gehen im Schriebe der grossen Politik unter. Aber sie werfen ein bezeichnendes Licht auf die Tatsache, wie weit die Spaltung die Seele unseres Volkes schon erfasst hat. Wir wollen hoffen, dass Professor P. in seinen Fragen nicht nachlässt.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler